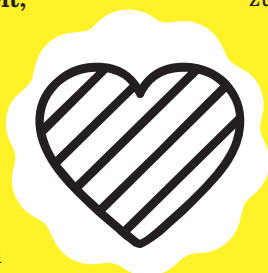


# Der richtige Ton.



**# Hasspostings und Falschmeldungen in sozialen Medien sind inzwischen ein (mit-)bestimmender Faktor für »Meinungsbildung« und politische Debatten geworden. Mit Demokratie hat das reichlich wenig zu tun. Der Diskurs scheint manchmal komplett aus dem Ruder zu laufen. Zeit, ihn wieder auf die richtige, konstruktive Bahn zu bringen.**

Anhand der Diskussionen im Präsidentschaftswahlkampf war zu erkennen, dass auch in Österreich soziale Medien mittlerweile eine große Rolle spielen. Während die Gesamtzahl von Hasspostings und Falschmeldungen schwer zu schätzen ist, gibt es einen deutlichen Anstieg von Anzeigen und Verurteilungen. Die Rechtslage ist durch die Novellierung des Verhetzungsparagraphen und die Schaffung des Straftatbestandes Cyber-Mobbing sehr solide, das Problem liegt bisher in der Strafverfolgung und Verurteilung. Hierzu sind von Seiten des Bundesministeriums für Justiz Maßnahmen geplant, um die Strafverfolgung effizienter abzuwickeln.



Dies ist ein erster entscheidender Beitrag zur Problemlösung. Allerdings sind viele Falschmeldungen und problematische Postings weder polizeilich noch juristisch zu fassen.

Um den entglittenen Diskurs wieder einzufangen, benötigt es eine Reihe von Maßnahmen – nicht nur auf juristischer, sondern auch auf der emotionalen Ebene. Die Antwort auf das Phänomen kann eben nicht nur in Strafen und der Entfernung von Postings liegen, sondern muss auch Gegenrede und positive Narrative verstärken.

## # Wesentliche Punkte zur Eindämmung des Problems:

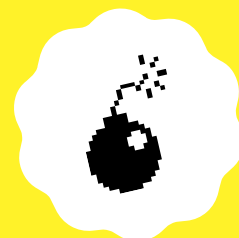
- # Verstärkung und Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten
- # Medienrecht auch für Foren und Social-Media-Plattformen.
- # Verbesserung der Ahndung von strafrechtlich relevanten Delikten
- # Beratung und Hilfe für betroffene und verunsicherte NutzerInnen

## # Melden, beraten, eingreifen

Eine massive Nachfrage gibt es nach einer unabhängigen Melde- und Beratungsstelle, die über Telefon, Chat oder persönlich erreichbar ist. Sie soll NutzerInnen der sozialen Netzwerke im Umgang mit Cybermobbing und Hasspostings beraten und abklären, ob und wie die Postings zur Anzeige gebracht werden können, ob Inhalte strafrechtlich relevant sind und wie weitergehende Hilfe für Betroffene geleistet werden kann. Nicht zu verwechseln ist diese Stelle mit der bereits bestehenden Möglichkeit, einschlägige Postings anonym an das Innenministerium zu melden. ExpertInnen und NGOs, die im Bereich »Hate Speech« arbeiten oder direkt betroffen sind, fordern diese Einrichtung vehement und zu Recht.

Kommt es zu einer Meldung, dann müssen Konsequenzen und Verantwortung folgen. Social-Media-Plattformen dürfen nicht nach eigenem Ermessen entscheiden, ob und wann eingegriffen wird. Hier setzen wir klare Regeln. Verstoßen Kommentare und Postings gegen diese Regeln, müssen Betreiber auf jede Meldung reagieren, und das sofort. Dafür ziehen wir sie zur Verantwortung. Das gilt auch für Fake-News.

# Net



## Daher der Plan

Um im politischen Diskurs in den sozialen Netzwerken wieder zu einer respektvollen Gesprächskultur zurückkehren zu können, müssen entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Diese reichen von der Einrichtung einer unabhängigen Melde- und Beratungsstelle über die Ausbildung von »Digitalen Zivilcourage-Messengers« bis hin zu einer effizienteren Strafverfolgung bei Verhetzung und Cyber-Mobbing.



### # Digitale Zivilcourage-Messenger

Durch die Schaffung der ehrenamtlichen Funktion von »Digitalen Zivilcourage-Messengers« wird in Vereinen, Unternehmen und Schulen für digitale Zivilcourage geworben und Wissen, wie man sich im Netz verhalten soll und dort eine faktenbasierte Diskussion geführt werden kann, vermittelt.

Interessierte Freiwillige können an einer eigens geschaffenen und regional abrufbaren Ausbildung teilnehmen und werden so zum »Digitalen Zivilcourage-Messenger« ernannt und an interessierte Institutionen für Vorträge und

Trainings vermittelt. Über eine eigene Plattform und durch regelmäßige Treffen erfolgt die Vernetzung unter den Ehrenamtlichen und mit unorganisierten BürgerInnen.

### # Social-Media-Plattformen dürfen nicht nach eigenem Ermessen entscheiden, ob und wann eingegriffen wird. Hier setzen wir klare Regeln und ziehen sie zur Verantwortung. Das gilt auch für Fake-News.

Die Ausbildung findet im Rahmen von drei Tagesseminaren statt und vermittelt Wissen und Kompetenzen im Bereich Gegenrede und Produktion von Gegennarrativen. Weiters werden technische Skills zum Umgang mit Plattformen sowie rechtliche Grundla-

gen vermittelt. Auch Falschmeldungen und deren Entkräftung sollen ein Teil der Ausbildung sein. Durchgeführt soll die Ausbildung von ExpertInnen aus diesem Bereich werden. Ziel für 2017 ist die Abhaltung eines

Lehrgangs pro Bundesland. Das Projekt wurde im Rahmen des Round Table zu #Gegenhassimnetz und des Vernetzungstreffens #Gegenhassimnetz mit VertreterInnen

der Zivilgesellschaft besprochen und weiterentwickelt. Der Wunsch nach der Ausbildung/ehrenamtlichen Funktion kommt von den Organisationen selbst.

Ein Wunsch, dem wir in unser aller Interesse schnell entsprechen sollten. ■